

Frau Bundesministerin Maria Fekter
Bundesministerium für Inneres
Herrengasse 7
1010 Wien

Wien, 20. Mai

Betreff: Teilnahme an NAP Integration

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Fekter!

Herzlichen Dank für die Einladung an einige NGOs, den "Nationalen Aktionsplan Integration" (NAPI) zu kommentieren bzw. an den Arbeitsgruppen teilzunehmen. Eine breite Diskussion über die Verfasstheit des Einwanderungslandes Österreich und seiner Zukunft sowie die Entwicklung einer integrativen Politik ist ein lange gehegter Wunsch vieler Einrichtungen aus dem Migrations-, Flüchtlings-, Menschenrechts- und Antirassismusbereich.

Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass eine Beteiligung der unterzeichnenden Organisationen an der Erarbeitung des NAP unter den gegebenen Umständen nicht möglich ist. Da wir grundsätzlich unsere Expertise in unterschiedlichen für Integration relevanten Bereichen sehr gerne einbringen würden, teilen wir Ihnen hiermit die Gründe dafür mit. Vielleicht sehen Sie eine Möglichkeit, sehr geehrte Frau Bundesministerin, die Voraussetzungen für unsere Teilnahme zu schaffen.

1) Inhaltliche Voraussetzungen

a) Ihrem Einführungspapier zum NAP liegt ein Integrationskonzept zugrunde, das erfolgreiche Integrationsbemühungen kaum erwarten lässt. Sie setzen zwar an konkreten Problemfeldern am Arbeitsmarkt sowie im Bildungs- und im Gesundheitsbereich an. Allerdings ist Ihr Blickwinkel ein rein defizitorientierter die Zielgruppe der ZuwanderInnen betreffend. Eine Gesamtstrategie, die auf Chancengleichheit für alle abzielt und die auch andere Bevölkerungsgruppen mit einbezieht und zu „Betroffenen“ macht, fehlt.

b) Außerdem beschränken sich die im NAP-Grundlagenpapier vorgeschlagenen Strategien zur Problemlösung vor allem auf Maßnahmen von (für Rahmenbedingungen) weitgehend unzuständigen Gebietskörperschaften. Ohne ein klares Bekenntnis des Bundes, alle notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen und die erforderlichen Geldmittel bereit zu stellen, können wir uns in diesen Prozess nicht zielführend einbringen. Weder Länder und Gemeinden noch die Betroffenen selbst sind in der Lage, die angesprochenen Probleme alleine zu lösen.

2) Atmosphärische Voraussetzungen

Die Erfahrungen mit der Integrationsplattform haben gezeigt, dass die Beteiligung der NGOs bislang vor allem der Inszenierung breiter gesellschaftlicher Legitimation geschuldet war. Viele der beteiligten

Organisationen haben ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, dass ihre Vorschläge zwar angehört, aber nicht ernst genommen wurden.

Dazu kommt, dass Sie, sehr geehrte Frau Bundesministerin, unlängst mit pauschalen und daher von niemandem widerlegbaren Vorwürfen gegenüber AsylberaterInnen das Verhältnis zu einigen NGOs nicht gerade verbessert haben.

Sollten Sie an unserer Mitarbeit ernsthaft interessiert sein, so ersuchen wir Sie höflich ein Prozessdesign zu erarbeiten, das die tatsächliche gemeinsame Erarbeitung eines Integrationsplans ermöglicht und Ihre positive Wertschätzung gegenüber der Arbeit und dem Know How der NGOs zum Ausdruck bringt. Als Aufputz für Presse-Präsentationen von Positionspapieren zu deren Inhalt wir nichts beitragen konnten, stehen wir nicht zur Verfügung.

3) Weitere Differenzen

Wir kommen nicht umhin darauf hinzuweisen, dass Ihr Grundlagenpapier weiteren, teils gravierenden Widerspruch hervorruft. Bei einem allfälligen Entgegenkommen Ihrerseits werden wir diese inhaltlichen Differenzen gerne verschriftlichen und einer systematischen Bearbeitung im Rahmen der Erarbeitung des Aktionsplanes zugänglich machen.

Wir möchten noch einmal betonen, dass uns ernsthaft an einer Zusammenarbeit gelegen ist und verbleiben mit freundlichen Grüßen,

asylkoordination,
Beratungszentrum für MigrantInnen,
Ehe ohne Grenzen,
Helping Hands,
Helping Hands Graz,
Initiative Minderheiten,
Interkulturelles Zentrum,
Migrare,
M-Media,
LEFÖ,
Netzwerk SprachenRechte,
Peregrina,
Radio Afrika TV,
SOS Mitmensch,
Verein Projekt Integrationshaus,
WIK-Vernetzungsbüro,
ZARA - Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit.